

FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG

Wirtschaft 25. März 2015

# Gutachter fordern radikale Wende in der Tierhaltung

Bürger sind kritisch, Bauern unter Druck. Der Bund gab ein Gutachten in Auftrag. Es fordert enorme Änderungen - im Alleingang. Das wird teuer.

25.03.2015, von **JAN GROSSARTH**



Mehr Auslauf bitte - sagt die Wissenschaft

Die Tierhaltung in Deutschland ist in ihrer jetzigen Form nicht zukunftsfähig. Zu diesem drastischen Schluss kommen mehrere Wissenschaftler in einem Gutachten im Auftrag der Bundesregierung. Die Wissenschaftler bilden den Beirat für Agrarpolitik zur Nutztierhaltung. Das Gutachten soll an diesem Mittwoch der Öffentlichkeit vorgestellt und in Berlin Bundesagrarminister Christian Schmidt (CSU) übergeben werden. Wie diese Zeitung erfuhr, fordern die Professoren weitreichende Änderungen; die Haltungsbedingungen eines Großteils der Nutztiere seien nicht zukunftsfähig, sie bräuchten etwa grundsätzlich Auslauf ins Freie und viel mehr Platz, wie es heute nur in Bio-Ställen der Fall ist.

Der Wissenschaftliche Beirat für Agrarpolitik besteht seit 65 Jahren, dieses Gutachten ist schon sein achtzigstes. Doch es wird vermutlich mehr Aufsehen erregen als alle anderen, denn diesmal stand eine Frage von besonderer gesellschaftlicher und politischer Brisanz im Zentrum: Wie soll die Politik damit umgehen, dass Tierschutz und artgerechte Haltung Verbrauchern offenkundig immer wichtiger

werden und gängige Haltungsformen nicht mehr als akzeptabel angesehen werden? Dazu gehört, dass schnellwachsende Geflügelrassen gehäuft gesundheitliche Mängel aufweisen, dass Schwänze von Schweinen kupiert werden, männliche Küken zu Millionen getötet, weil sie nicht verwertbar sind. Andererseits gab es Verbesserungen; zum Beispiel ist die Haltung von Rindern heute viel komfortabler und tiergerechter als vor Jahrzehnten. Und Länder wie Niedersachsen, NRW und zuletzt auch der Bund haben schon teils verbindliche, teils freiwillige Ausstiegspläne für manche Praktiken formuliert.

Die neue Botschaft der Professoren an Agrarminister Schmidt geht darüber hinaus; sie ist für ihn hart, steht er doch, wie letztlich jeder Agrarminister der Unionsparteien vor ihm, unter Druck der Grünen, die das Landwirtschaftssystem grundlegend auf ökologisch und fleischärmer umstellen wollen. Nach Informationen dieser Zeitung steht im Gutachten: Mehr Tierschutz sei dringend erforderlich; aus fachwissenschaftlicher Sicht, auch aus Gründen gesellschaftlicher Akzeptanz. Er sei machbar, aber sehr teuer. Jedoch seien die Mehrkosten für Landwirte zumutbar und sollten teils über EU-Geld finanziert werden. Die Rede ist von bis zu fünf Milliarden Euro im Jahr.

### **Im Schnitt 25.000 Euro Mehrkosten je Betrieb**

Laut dem Bauernverband gab es 2013 in Deutschland noch knapp 200.000 tierhaltende Betriebe, das waren rund 70 Prozent aller Höfe. Auf einen Betrieb umgerechnet, hieße das, ein Maß an Tierschutz, das die Wissenschaftler und angeblich „die Gesellschaft“ einfordern, müsste je Betrieb im Durchschnitt bis zu 25.000 Euro Mehrkosten verursachen. Offenbar geht aus dem Gutachten auch die Empfehlung an Schmidt hervor, Deutschland solle die Empfehlungen des Rates auch dann umsetzen, wenn andere Staaten in Europa nicht mitmachten - notfalls also wieder ein deutscher Alleingang.

Dem Beirat gehören Professoren verschiedener agrarwissenschaftlicher Disziplinen an, wie der Agrarökonom Martin Qaim (Göttingen), Alfons Balmann (Betriebsführung, Halle), Jürgen Bauhus (Forst, Freiburg), Harald Grethe (Agrarpolitik, Hohenheim), Achim Spiller (Marketing, Göttingen) oder Matthias Gauly (Tierhaltung, Bozen). Am Mittwoch wird sich zeigen, ob Agrarminister Schmidt die Anregungen aufgreifen wird. Die Ankündigung der Übergabe formulierte sein Haus jedenfalls zurückhaltend: Die Nutztierhaltung habe sich in den vergangenen Jahrzehnten zu einer sehr erfolgreichen Wirtschaftsbranche entwickelt, jedoch nehme die Akzeptanz der modernen Nutztierhaltung ab. Der Wissenschaftliche Beirat gebe langfristige Empfehlungen an Bund, Länder, EU und die Wirtschaft.

Die Hinweise auf Details des Gutachtens lassen sich aus einem Vortrag, den der Beiratsvorsitzende Harald Grethe öffentlich hielt, entnehmen. Landwirte müssten auf Amputationen von Schnäbeln und Schwänzen der Tiere verzichten, Ställe müssten sich deutlich vergrößern, um etwa 50 Prozent beim Geflügel je Tier. Auslauf nach draußen sei nötig. In dem Vortrag ist die Rede von Kostenerhöhungen von rund 20 Prozent. Das alles werde zu einer teilweisen Abwanderung der Produktion ins Ausland führen. Das Ziel müsse „weitgehender“ Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit sein. Der Staat sollte Musterbetriebe fördern und EU-Geld für Tierhaltung umschichten. Änderungen sind in ferner Zukunft nicht ausgeschlossen: Das Mensch-Tier-Verhältnis ändere sich dynamisch im Zeitablauf.